

Infrastruktur für die Wirtschaft in der Oberpfalz

vbw

Position

Stand: Dezember 2025

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Die Wirtschaft in der Oberpfalz braucht gute Standortbedingungen

Die Unternehmen in der Oberpfalz sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Voraussetzungen für ihren Erfolg ist eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Beschäftigten. Wichtige Elemente sind dabei eine stabile Energieversorgung, bedarfsgerechte Mobilitätsangebote, hoch leistungsfähige digitale Netze, eine effektive Verwaltung, hervorragende Bildungsinstitutionen sowie innovative Forschungseinrichtungen. Ebenfalls von großer Bedeutung sind zudem flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen sowie eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

Die Oberpfalz besitzt auf allen genannten Feldern wertvolle Stärken. Die Sicherung einer guten Infrastruktur ist jedoch eine Daueraufgabe. Sie muss den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jedes Entwicklungsvorhaben ist in technischer, planerischer, finanzieller und auch in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Die Schwerpunktsetzung bei den vor Ort zu realisierenden Infrastrukturvorhaben sollte in enger Abstimmung mit der Wirtschaft geschehen.

Als Beitrag für diese politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser Positionspapier konkrete Infrastrukturaufgaben und -projekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Oberpfalz absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt
29. Dezember 2025

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Standort Oberpfalz	2
1.1 Wirtschaft und Industrie	2
1.2 Demografische Entwicklung	2
1.3 Unternehmerperspektiven 2024	3
2 Mobilität	4
2.1 Straßeninfrastruktur kapazitätsgerecht entwickeln	4
2.2 ÖPNV-Verbundsystem ausbauen	5
2.3 Schienenverkehr ertüchtigen	6
2.4 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen	6
2.5 Radwegenetz ausbauen	6
3 Energie	7
3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen	7
3.2 Netzausbau vorantreiben	8
3.3 Energiespeicherlösungen entwickeln und einsetzen	9
4 Digitale Netze	10
4.1 Glasfasernetze flächendeckend ausbauen	10
4.2 5G-Mobilfunk flächendeckend bereitstellen	12
5 Wohnraum	14
6 Gesundheit und Pflege	16
6.1 Ärzteversorgung in der Fläche sicherstellen	16
6.2 Apothekennetz erhalten	18
6.3 Krankenhausversorgung nachhaltig entwickeln	18

6.4	Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen	19
7	Innovationsinfrastruktur	20
7.1	Hochschulen und Universitäten bedarfsgerecht ausbauen	21
7.2	Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern	21
8	Bildung	22
8.1	Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen	22
8.2	Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten	23
8.3	Berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen	23
8.4	Digitalisierung in allen Schulformen vorantreiben	23
8.5	Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen	24
9	Moderne Verwaltung	25
9.1	Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen	25
9.2	Regionale und kommunale Diskrepanzen bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen abbauen	26
9.3	Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene	27
 Anhang		29
Ansprechpartner/Impressum		31

Position auf einen Blick

Drei Anliegen zur Infrastrukturentwicklung in der Oberpfalz

Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur in der Oberpfalz ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umgesetzt werden, von der Kinderbetreuung über den flächendeckenden Ausbau digitaler Netze bis hin zur Förderung von Innovationen.

Die zentralen Infrastrukturthemen des Regierungsbezirks sind

- der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrssysteme, insbesondere im Großraum Regensburg
- die Sicherung einer bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung
- den Erhalt einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung

Unser vorliegendes Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Herausforderungen auf den einzelnen Infrastrukturfeldern. Die vbw hat für alle Handlungsfelder grundlegende Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

1 Standort Oberpfalz

Wirtschaftsstruktur, Demografie, Bewertung

1.1 Wirtschaft und Industrie

Sieben Landkreise sowie die drei kreisfreie Städte Amberg, Regensburg und Weiden bieten auf einer Fläche von 9.691 km² ihren insgesamt ca. 1,1 Millionen Einwohnern mit Blick auf den Branchenmix und den Arbeitsmarkt eine ausgewogene Struktur. Die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, der Maschinenbau und die Automobil- und Zulieferindustrie sowie die Bauindustrie bilden wichtige Branchenschwerpunkte im Bereich des verarbeitenden Gewerbes.

Im Jahr 2022 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner rund 48.800 Euro, es stieg allein zwischen 2012 und 2022 um 39,0 Prozent. 56,7 Prozent der Bruttowertschöpfung wurden 2022 im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, 41,7 Prozent im produzierenden Gewerbe – davon 30,4 Prozentpunkte in der Industrie. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2024 bei 3,5 Prozent und damit leicht unter dem bayernweiten Durchschnitt von 1,3 Prozent.

1.2 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt im Mai 2025 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023 bis 2043 zeigt für die Oberpfalz einen positiven Trend: Bis 2043 wird mit einer Bevölkerungszunahme um knapp 46.000 (4,1 Prozent) auf knapp 1,16 Millionen Einwohner gerechnet.

Die demografischen Indikatoren geben einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern (Abbildung 1). Von 2023 bis 2043 wächst das Durchschnittsalter in der Oberpfalz um 1,3 Jahre auf 45,8 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient¹ um 30,1 Prozentpunkte auf 46,7 Prozent zu. Damit geht ein zunehmender Bedarf an wohnortnaher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher. Positiv zu bewerten ist der um 7,8 Prozentpunkte auf 33,0 Prozent steigende Jugendquotient². Er lässt auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder in Kitas und Schulen schließen.

¹ Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

² Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

Standort Oberpfalz

Abbildung 1

Demografische Entwicklung in der Oberpfalz 2023 bis 2043

	Bevölkerungs-entwicklung	Entwicklung Durchschnittsalter *	Entwicklung Jugendquotient ²	Entwicklung Altenquotient ¹
Regierungsbezirk Oberpfalz	4,1%	1,3	7,8%	30,1%
Bayern	4,3%	1,2	4,8%	25,1%
Amberg (S)	-0,5%	0,8	4,4%	16,7%
Regensburg (S)	5,0%	1,0	-2,0%	17,4%
Weiden in der Oberpfalz (S)	0,5%	0,5	10,1%	19,2%
Amberg Sulzbach	1,4%	1,1	15,7%	32,5%
Cham	4,0%	1,8	5,9%	32,2%
Neumarkt in der Oberpfalz	7,8%	2,1	7,1%	39,5%
Neustadt an der Waldnaab	1,3%	1,0	22,6%	35,1%
Regensburg	7,3%	1,6	6,8%	33,1%
Schwandorf	6,8%	1,3	8,1%	30,3%
Tirschenreuth	-6,0%	1,6	10,7%	35,0%

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023 bis 2043; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) Kreisfreie Stadt, übrige: Landkreis; * Zunahme in Jahren.

1.3 Unternehmerperspektiven 2024

Die Studie *Standort Bayern: Unternehmerperspektiven 2024* zeigt: Die Standortqualität der Oberpfalz wird von den Unternehmen mit 69,9 Punkten (Durchschnitt Bayern 72,8 Punkte) und damit befriedigend bewertet. 81,3 Prozent (Bayern 85,6 Prozent) der Unternehmen würden sich wieder im Regierungsbezirk ansiedeln.

Die Befragung beinhaltete zudem die Bewertung der Zufriedenheit mit einzelnen Infrastrukturfeldern sowie Fragen zum jeweils notwendigen Verbesserungsbedarf. Die Ergebnisse sind am Beginn der jeweiligen Kapitel aufgeführt und den bayerischen Mittelwerten gegenübergestellt.

2 Mobilität

Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Oberpfalz
Zufriedenheit Güte Straßenverkehr	53,2 Prozent	58,9 Prozent
Zufriedenheit Güte Schienenverkehr	21,5 Prozent	14,3 Prozent
Zufriedenheit Güte Luftverkehr	53,6 Prozent	50,7 Prozent
Angebot im ÖPNV sicherstellen	82,7 Prozent	73,2 Prozent
Investitionen in die Straßeninfrastruktur	66,8 Prozent	69,1 Prozent
Investitionen in die Schieneninfrastruktur	74,8 Prozent	72,0 Prozent
Ausbau flächendeckende Infrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien	68,4 Prozent	55,3 Prozent

Mobilität – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Ertüchtigung der A93 insbesondere im Regensburger Stadtgebiet
2. ÖPNV: Verbundsystem ausbauen und Erweiterung um innovativer Mobilitätsprodukte
3. Ertüchtigung des Schienenverkehrs

2.1 Straßeninfrastruktur kapazitätsgerecht entwickeln

Autobahnen, Bundes- und Landstraßen sind wichtige Verkehrsadern, die durch den zunehmenden Güterverkehr stärker belastet werden. Es gilt, die Verkehrsströme zu entzerren, indem die Kapazitäten der Autobahnen und Bundesstraßen am Bedarf ausgerichtet und ihre Leistungsfähigkeit erhalten werden. Parallel müssen die Bundesstraßen zu leistungsfähigen Querverbindungen zu den Autobahnen ertüchtigt werden.

Ende 2024 wurde der sechsstreifige Ausbau der A 3 zwischen dem AK Regensburg und der AS Rosenhof abgeschlossen. Von zentraler Bedeutung für den Stadtverkehr Regensburg und die Nord-Süd-Verbindung im Regierungsbezirk ist die dringend notwendige Ertüchtigung der A93. Eines der wichtigsten Vorhaben ist hier die Sanierung des Pfaffensteiner Tunnels. Insgesamt gilt es, ein bedarfsgerechtes Verkehrskonzept für Regensburg zu entwickeln und die dafür notwendigen Infrastrukturvorhaben zeitlich koordiniert umzusetzen.

Weitere Straßenverkehrsprojekte sind in Planung, darunter einige Ortsumgehungen (OU). Die Tabelle 4 zeigt wichtige Straßenbauprojekte in Planung oder in Bau, die zügig vorangetrieben und abgeschlossen werden müssen (Tabelle 1).

Grundsätzlich müssen darüber hinaus die Genehmigungsverfahren für Schwertransporte deutlich vereinfacht und beschleunigt sowie auf ein rein digitales Antrags- und Genehmigungsverfahren umgestellt werden.

Tabelle 1
Bundesstraßenprojekte in Planung

Projekt	EP	BRGV	B
B 8			
OU Postbauer-Heng	S Q4 2024		
B 16			
Neubau Sallerner Regenbrücke mit Umbau Lappersdorfer Kreisel	A Q3 2024		
B 20			
4-streifiger Ausbau Cham-Süd – Cham-Mitte	S Q3 2025		
4-streifiger Ausbau Cham-Mitte – Chameregg	S Q4 2025		
4-streifiger Ausbau Landkreisgrenze – Traitsching	S Q3 2025		
B 85			
OU Altenkreith mit Anschluss B 16	S Q1 2017		
B 299			
OU Waldsassen/Kondrau	A Q3 2023		

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr; OU = Ortsumgehung; S = gestartet, A = abgeschlossen.

Wie in allen anderen Regierungsbezirken gilt es, die Parkmöglichkeiten und Versorgungsnetze insbesondere an Autobahnen und Bundesstraßen zu verbessern. Hier müssen insbesondere folgende Punkte im Fokus stehen:

- Errichtung einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
- Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Wasserstofftankstellen
- Erhöhung der Parkplatzkapazitäten an den Bahnhöfen
- Schaffung weiterer LKW- und Bus-Stellplätze an den Autobahnen

2.2 ÖPNV-Verbundsystem ausbauen

Für eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen ist ein leistungsfähiger und flächendeckend koordinierter ÖPNV von großer

Bedeutung. Er leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Mobilität. Hierzu gehört auch die Schnittstellenabstimmung mit alternativen Individualangeboten wie Car-Sharing, Ruftaxen bzw. -bussen oder Mitfahrbänken. Diese sind gerade für den ländlichen Raum unerlässlich, um diesen als Lebensraum attraktiv zu machen bzw. zu erhalten. Gerade in den ländlich geprägten Regionen der Oberpfalz hat die Forderung nach einem verstärkten Engagement der Kommunen für einen flächendeckenden ÖPNV Gewicht. Folgende Punkte gilt es anzugehen bzw. abzuschließen:

- Stärkere Nutzung der Digitalisierung, z. B. durch E-Ticketing oder digitale Fahrkarten
- Ausbau der P+R Plätze

2.3 Schienenverkehr ertüchtigen

Eine gute Schieneninfrastruktur ist für die Unternehmen und Beschäftigten von großer Bedeutung. Die überregional bedeutsamen Schienenmagistralen müssen auf den modernsten Stand der Technik gebracht werden. Die Regionalstrecken sind ebenso zu ertüchtigen, um ihre Zubringer- und Pendlerfunktion zu erhalten. Im Fokus stehen folgende Aufgaben:

- Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Regensburg
- Mehrgleisiger Ausbau der Bahnstrecke von Nürnberg nach Passau
- Metropolenbahn Nürnberg-Amberg-Furth im Wald

2.4 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen

Eine zeitsparende Anbindung an überregionale Flughäfen Nürnberg und München ist für die vielen international tätigen Unternehmen von Bedeutung. Hier gilt es, die Verbindungen über Straße und Schiene adäquat auszubauen.

2.5 Radwegenetz ausbauen

Der Radverkehr spielt eine zunehmende Bedeutung für die Mobilität in der Oberpfalz. Bedarf an einem leistungsfähigen Radwegenetz haben nicht nur Einheimische, sondern auch Touristen. Entscheidend dabei ist, dass es keine Unterbrechungen auf den Routen gibt und ein Ausweichen auf allgemeine Verkehrswege vermieden wird. Hier besteht allerdings noch erheblicher Nachholbedarf.

3 Energie

Sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung schaffen

Eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung hat für Unternehmen und für die Standortentscheidung internationaler Investoren größte Bedeutung. Hohe Energiepreise belasten die Unternehmen. Energieintensive Unternehmen finden sich beispielsweise im Frankenwald. Parallel muss die Energiewende auch am Standort Oberpfalz vorangebracht werden.

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Oberpfalz
Zufriedenheit Sichere Stromversorgung	68,8 Prozent	63,4 Prozent
Verstärkung/Ausbau der Leitungskapazitäten (Netzausbau)	88,3 Prozent	89,6 Prozent
Beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien	71,8 Prozent	67,7 Prozent
Ausbau der Infrastruktur für wasserstoffbasierte Energieversorgung	63,9 Prozent	61,1 Prozent
Entwicklung, Aus-, Aufbau von Speichern, auch mit Forschungsförderung	83,1 Prozent	78,1 Prozent

Energie – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Ausbau der erneuerbaren Energien fortsetzen
2. Bau des SuedOstLinks zügig vorantreiben
3. Voraussetzungen für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft schaffen

3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Die Anzahl und die Leistung der in der Oberpfalz auf erneuerbaren Energien entfallenen Anlagen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in der Oberpfalz erneut zugenommen – insbesondere bei der Photovoltaik. Nach aktuellen Zahlen ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch im Regierungsbezirk von 60,6 Prozent (31. Dezember 2022) auf 66,1 Prozent (31. Dezember 2023) angestiegen.

Tabelle 2

Anlagenbestand der erneuerbaren Energien in der Oberpfalz

	Oberpfalz		Bayern	
	Anzahl der Anlagen	Installierte Leistung	Anzahl der Anlagen	Installierte Leistung
Windenergie*	131	308 MW	1.148	2.627 MW
Photovoltaik	Dach: 108.052 Frei: 451	Dach: 1.670 MWp Frei: 1.169 MWp	Dach: 961.551 Frei: 3.896	Dach: 14.771 MWp Frei: 7.463 MWp
Biomasse	486	268 MW	3.746	1.973 MW
Wasserkraft	667	77,9 MW	4.196	2.448 MW

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt; Werte zum Stand 31.12.2023.

* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen

Folgende Aufgaben sind mit Nachdruck zu verfolgen:

- Ausweisung weiterer Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Solar- und Wind-Parks für die Errichtung weiterer Anlagen
- Beschleunigter Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten
- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung
- Heben von Potenzialen bei der Biomethanproduktion
- Ausbau und Nutzung der Geothermie an geeigneten Standorten
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebiete, Kaskadennutzung)
- Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche/Entwicklung neuer Standorte

Unumgänglich ist ferner, eine Wasserstoff-Infrastruktur für die Erzeugung und den Transport zum Aufbau einer regionalen grünen Wasserstoffwirtschaft zu realisieren und die Voraussetzungen für den zügigen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu schaffen.

3.2 Netzausbau vorantreiben

Die Netzinfrastruktur ist Schlüsselement und Achillesferse der Energiewende zugleich. Dabei gilt es, den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze mit dem Ausbau der Anlagen für Erneuerbare Energien im Regierungsbezirk zu synchronisieren. Beim Netzumbau ist verstärkt auf intelligente (digitale) Lösungen zu setzen, wie z.B. intelligente Stromnetze (Smart Grids), ein zügiger Smart-Meter-Rollout und zusätzliche Effizienz sowie eine Optimierung der Energieverteilung in Kombination mit flexiblen Verbrauchern. Folgende Punkte stehen im Fokus:

- Rascher Bau des SuedOstLinks: Absicherung der Stromversorgung von Norden nach Süden und gegenüber den Nachbarländern
- Aufrüstung der Mittelspannungsleitungen in der Oberpfalz und regionalen Niederspannungsleitungen für die dezentrale Energieversorgung
- Weiterentwicklung des Stromnetzes zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigen Netz, auch um höhere Netzschwankungen auszugleichen
- Etablierung intelligenter Energienetzwerke und Netzplattformen
- Integration einer flächendeckenden Versorgung mit Ladeinfrastruktur für Elektromobile, die dem geplanten Hochlauf der Elektromobilität entspricht

3.3 Energiespeicherlösungen entwickeln und einsetzen

Der Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie ist gemein, dass sie unregelmäßig anfällt und nicht mit dem Strombedarf deckungsgleich ist. Deswegen müssen in Überschussphasen regenerativ erzeugter Strom für den späteren Verbrauch gespeichert werden können. Infrage kommen klassische Methoden, wie z. B. Pumpspeicherkraftwerke oder Großbatteriespeicher, aber auch der Einsatz moderner Technologien, wie Power-to-Gas, bei der Energie zur Herstellung von Wasserstoff genutzt wird, der dann leichter gespeichert werden kann.

4 Digitale Netze

Glasfasernetze und 5G-Mobilfunkausbau flächendeckend ausrollen

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für weiterhin ehrgeizige Ausbauziele bei den digitalen Netzen, effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Spätestens im Jahr 2030 muss Bayern flächendeckend mit Glasfaser und 5G Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle.

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Oberpfalz
Zufriedenheit Güte digitale Infrastruktur	29,1 Prozent	34,4 Prozent
Zufriedenheit Güte Mobilfunkinfrastruktur	32,3 Prozent	31,3 Prozent
Breitbandinitiative fortführen	89,4 Prozent	80,4 Prozent
Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur forcieren	81,4 Prozent	75,0 Prozent

Digitale Netze – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Notwendige Genehmigung für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten rasch erteilen
2. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüsse für Unternehmen achten
3. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegentreten

4.1 Glasfasernetze flächendeckend ausbauen

Die vbw ermittelt in der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* regelmäßig den Ausbaustand des digitalen Festnetzes. Darüber hinaus legen wir regelmäßig Auswertungen zum Ausbaustand der digitalen Infrastruktur in den Regierungsbezirken vor. Der Anteil der Haushalte in der Oberpfalz, die bereits Zugang zu besonders zukunftsfähigen Glasfaseranschlüssen bis zum Endkunden (FTTB/H) haben, liegt mit 35,7 Prozent leicht unter dem bayerischen Durchschnitt von 36,6 Prozent. Das entspricht dem zweiten Platz im Vergleich der bayerischen Regierungsbezirke. Der Wert konnte verglichen mit April

2024 um 10,7 Prozentpunkte gesteigert werden. Im Landesdurchschnitt lag der Anstieg bei 9,6 Prozentpunkten.

Die Oberpfalz weist bei der Glasfaserversorgung der Haushalte sowohl in städtischen Räumen mit 54,2 Prozent (Bayern: 48,7 Prozent) als auch in ländlichen Räumen mit 31,4 Prozent (Bayern: 26,1 Prozent) deutlich überdurchschnittliche Werte auf. Die halbstädtischen Räume liegen jedoch mit 23,8 Prozent erneut unter dem Landesdurchschnitt (26,4 Prozent). Der Anteil der Kommunen, in denen weniger als 20 Prozent der Haushalte mit Glasfaser versorgt sind, ist in der Oberpfalz mit 56,2 Prozent (127 Kommunen) leicht besser als im bayerischen Durchschnitt (58,4 Prozent). Ende 2024 waren 50,2 Prozent der Unternehmen in den oberpfälzischen Gewerbegebieten mit Glasfaser (FTTB/H; Abbildung 2) versorgt. Der Landesdurchschnitt beträgt ebenfalls 50,2 Prozent. Bei Betrachtung aller Unternehmen kann die Oberpfalz aber lediglich einen knapp unterdurchschnittlichen Anteil von 37,0 Prozent (Landesdurchschnitt: 38,0 Prozent) vorweisen.

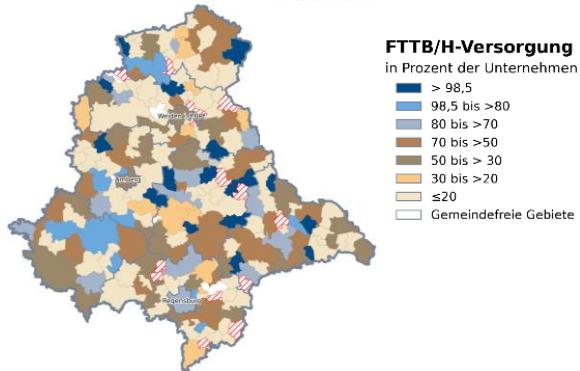
Abbildung 2

Glasfaserversorgung der Unternehmen in der Oberpfalz Ende 2024

Unternehmen in Gewerbegebieten

Oberpfalz: 50,2 Prozent

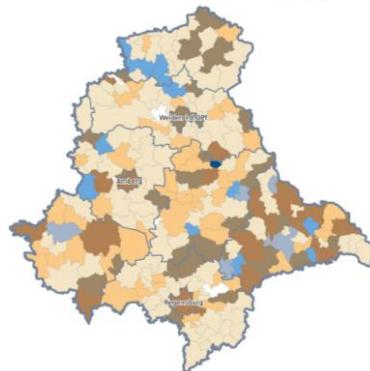
Bayern: 50,2 Prozent



Alle Unternehmen

Oberpfalz: 37,0 Prozent

Bayern: 38,0 Prozent



Quelle: BMDV / BNetzA (2025), Darstellung: IW Consult GmbH.

Gemäß der bis Mitte August 2025 veröffentlichten Daten zu den Förderverfahren der Kommunen im Zuge der Bayerischen Gigabitrichtlinie (BayGibitR) sollen aufgrund bereits laufender Projekte in der Oberpfalz mehr als 30.700 Adressen einen Gigabit-Anschluss erhalten. Gut 6.822 Kilometer Glasfaser sollen dafür insgesamt neu verbaut werden. Rund 2.117 Kilometer davon wurden gemäß den Fördersteckbriefen bis Ende des zweiten Quartals 2025 bereits verlegt. Der Großteil wird voraussichtlich ab 2026 installiert.

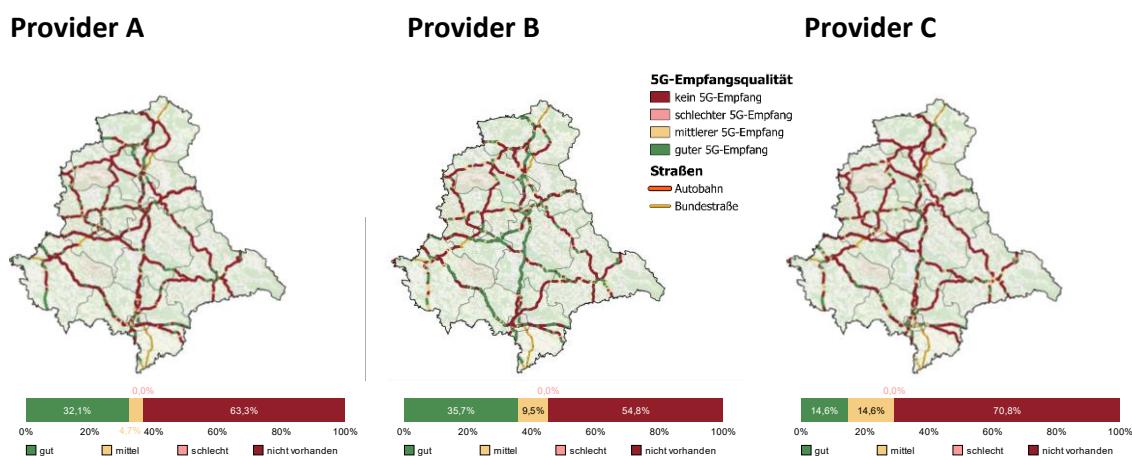
Bis zu einer flächendeckenden Anbindung mit Glasfaser sind jedoch noch erhebliche Anstrengungen nötig.

4.2 5G-Mobilfunk flächendeckend bereitstellen

Die gemessene 5G-Mobilfunkverfügbarkeit auf Autobahnen und Bundesstraßen in der Oberpfalz variiert deutlich zwischen den Providern (Abbildung 3).³ Der Anteil der Messpunkte, an denen eine gute Empfangsqualität ermittelt werden konnte, liegt bei 32,1 (Provider A), 35,7 (Provider B) und nur 14,6 Prozent (Provider C). Von den Providern schneidet damit in Oberpfalz nur Provider A stärker ab als landesweit, wo die Anteile 29,2 (Provider A), 37,4 (Provider B) und 20,7 Prozent (Provider C) betragen. Ebenfalls nur bei Provider A ist der Anteil der Messpunkte ohne Empfang in der Oberpfalz niedriger als im Landesdurchschnitt. Bei Provider A war an 63,3 Prozent der Messpunkte kein Empfang feststellbar (Bayern: 64,5 Prozent). Für die Provider B und C liegen die Anteile mit 54,8 (Bayern: 49,7 Prozent) und 70,8 Prozent (Bayern: 66,8 Prozent) überdurchschnittlich hoch.

Abbildung 3

Messung der Mobilfunkversorgung



Quelle: IW Consult GmbH, Angaben beziehen sich auf die Güte der Messpunkte.

Die Mobilfunkversorgung in der Oberpfalz wird sich weiter verbessern. Dazu trägt auch das Förderwesen bei: In acht oberpfälzischen Kommunen haben die Betreiber von Mobilfunktürmen (Tower Companies) im Rahmen der Bundesförderung zur Schließung weißer Flecken bereits Zuwendungsbescheide erhalten (Vorjahr: 1). Diese laufen größtenteils bis 2033. Die Zahl der vorgelagerten Verfahren zu standortvorbereitenden Maßnahmen liegt im Vergleich zum Vorjahr nach Auslaufen der Förderrichtlinie zum 31.12.2024 unverändert bei 53.

³ Die Erhebung fand zwischen dem 14. Oktober 2024 und dem 04. Dezember 2024 statt.

Vielfach geht es bei Lückenschlüssen im Netz nicht um Förderung, sondern um die Genehmigung von Standorten für Masten durch Kommunen. Soweit solche Genehmigungen erforderlich sind, stehen Kommunen in der Verantwortung, sie auch schnell und verlässlich zu erteilen.

Ziel muss es sein, das 5G-Netz in der Oberpfalz möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Positiv ist insofern die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

5 Wohnraum

Angebot an Wohnraum spürbar verbessern

Unternehmerperspektiven 2024 – notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Oberpfalz
Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum	88,6 Prozent	86,6 Prozent

Wohnungsbau – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Alle Entscheider müssen ihre Anstrengungen zur Schaffung von Wohnraum in den Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt verstärken.
2. Kommunen müssen die mit dem „Bauturbo“ erweiterten Handlungsspielräume nutzen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.
3. Das Angebot an Wohnheimplätze für Studierende und Berufsschüler an den Hochschulstandorten der Oberpfalz muss verbessert werden.

Die Mangellage am Wohnungsmarkt bremst Arbeitgeber wie Mitarbeitende aus, insbesondere in Ballungsräumen. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade in den attraktiven Räumen die Knappheit an Wohnraum durch vermehrtes Bevölkerungswachstum besonders zunimmt. Einen „angespannten Wohnungsmarkt“ nach § 201a Baugesetzbuch weisen in der Oberpfalz schon heute die in der Abbildung 4 dargestellten Städte auf. Darüber hinaus ist die Zahl an Wohnheimplätzen für Studierende und Berufsschüler insbesondere an den Hochschulstandorten Regensburg, Amberg und Weiden unzureichend.

Markteingriffe wie die noch einmal verlängerte Mietpreisbremse verschärfen die Lage am Wohnungsmarkt weiter. Markt und Menschen brauchen angebotsseitige Impulse und die Rücknahme preistreibender Auflagen. Der soziale Wohnungsbau bleibt wichtig, kann aber nur ein Teil der Antwort auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum sein. Viel wichtiger ist der schnelle Zugang zu Baurecht und Bauland sowie auch durch Digitalisierung vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig müssen Nachhaltigkeitsauflagen technologieoffen ausgestaltet sein. Um Unternehmen den Bau von Wohnungen für Beschäftigte zu erleichtern, müssen Förderoptionen entsprechend ausgedehnt, Baugenehmigungen und Nutzungsänderungen auf Betriebsgrundstücken erleichtert werden.

Wohnraum

Abbildung 4

Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt in der Oberpfalz



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr; SK = Stadtkreis (kreisfreie Stadt), LK = Landkreis.

Vor Ort müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Angebot an Wohnraum nicht nur in den oben genannten Städten und Kommunen zu verbessern. Das Anfang Oktober im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung („Bauturbo“) muss jetzt zügig in der Praxis genutzt werden. Der Bauturbo bietet den Kommunen die Möglichkeit, mit einfacher Zustimmung Baugenehmigungen zu erteilen und eine vereinfachte Vorprüfung ohne neue Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Gleichzeitig bieten sich den Kommunen erleichterte Möglichkeiten zur Befreiung von Bebauungsplänen und zur Entschärfung von Lärmschutzzvorgaben. Städte und Kommunen sind aufgefordert, die erweiterten Spielräume zugunsten der Schaffung von Wohnraum zu nutzen.

6 Gesundheit und Pflege

Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Oberpfalz
Güte der soziokulturellen Infrastruktur (z. B. Gesundheitsversorgung, Vereine, Kultureinrichtungen)	45,2 Prozent	45,8 Prozent
Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen (z. B. Vereine, Bäder, Theater, Museen)	61,2 Prozent	83,5 Prozent
Sicherstellen einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	92,1 Prozent	81,4 Prozent
Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	85,3 Prozent	45,8 Prozent

Gesundheit und Pflege – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken
2. Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen
3. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen

6.1 Ärzteversorgung in der Fläche sicherstellen

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur, gerade in einer ländlich geprägten Region wie die Oberpfalz.

Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Psychotherapeuten der laut Bedarfsplanung der KVB benötigten Anzahl.

Tabelle 3 zeigt für ausgewählte Ärztegruppen die Regionen, in denen der Versorgungsgrad unter 90 Prozent liegt. Das zunehmende Durchschnittsalter und der wachsende Anteil der Ärzte über 60 Jahren erhöhen den Handlungsdruck. Gleichzeitig wird das Patientenaufkommen durch den demografischen Wandel deutlich ansteigen.

Die hausärztliche Versorgung ist insbesondere in den Versorgungsgebieten Waldsassen, Tirschenreuth und Vilseck nicht bedarfsgerecht gegeben. Bei Kinder- und Jugendärzten besteht Handlungsbedarf in den Landkreisen Cham und Tirschenreuth, bei Hautärzten im Landkreis Cham. Schwierig ist insbesondere die kassenärztliche Versorgung im Bereich HNO in den Landkreisen Tirschenreuth, Weiden in der Oberpfalz / Neustadt an der Waldnaab.

Tabelle 3

Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung (Oberpfalz)

	Durchschnitts- alter	Ärzte über 60	Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad*
Hausärzte	54,0 Jahre [55,0 Jahre]	34,7 Prozent [36,5 Prozent]	Tirschenreuth (82,38 Prozent) Vilseck (82,76 Prozent)
Kinder-, Jugendärzte	51,3 Jahre [52,5 Jahre]	23,7 Prozent [26,7 Prozent]	Cham (67,95 Prozent) Tirschenreuth (83,18 Prozent)
HNO-Ärzte	54,6 Jahre [53,4 Jahre]	38,0 Prozent [33,6 Prozent]	Weiden in der Oberpfalz / Neustadt an der Waldnaab (89,81 Prozent) Tirschenreuth (42,53 Prozent)
Hautärzte	52,6 Jahre [53,1 Jahre]	33,3 Prozent [31,6 Prozent]	Cham (88,3 Prozent)
Urologen	53,4 Jahre [52,9 Jahre]	31,3 Prozent [29,0 Prozent]	
Frauenärzte	54,4 Jahre [53,9 Jahre]	35,2 Prozent [31,6 Prozent]	
Chirurgen Or- thopäden	52,8 Jahre [53,8 Jahre]	26,0 Prozent [30,3 Prozent]	
Psychotherapeu- ten	51,3 Jahre [53,3 Jahre]	31,5 Prozent [35,7 Prozent]	
Augenärzte	53,0 Jahre [51,9 Jahre]	32,2 Prozent [28,6 Prozent]	

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlanthen (Stand: August 2025).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisgrenzen, bei Hausärzten handelt es sich um spezifische, kleinteilige Versorgungsgebiete; Gebiete mit weniger als 90 Prozent).

Es ist Folgendes erforderlich:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen entgegenwirken
- Förderung von Niederlassungen im ländlichen Raum
- Förderung von gemeinsamen Arztpraxen sowie kommunalen und privaten Ärztehäusern als Gemeinschaftseinrichtungen
- Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Notarztwesens
- Ausbau der Studienplätze für Medizin insgesamt
- Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildungen zu ermöglichen

6.2 Apothekennetz erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es circa 21 Apotheken in der Oberpfalz. Das liegt über dem bayernweiten Durchschnitt von knapp 20 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet i. d. R. akzeptable Anfahrtswege. Gerade in der ländlich geprägten und vom demografischen Wandel besonders betroffenen Region gilt es, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten.

Allerdings wird die bedarfsgerechte flächendeckende Ausstattung in den nächsten 20 Jahren insbesondere in den ländlichen Räumen zur Herausforderung. Insgesamt ist die Zahl der Apotheken, wie im gesamten Freistaat, rückläufig. So gab es Ende 2013 285 Apotheken, während zum 17. April 2025 nur noch 237 Apotheken bestanden. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl an niedergelassenen Ärzten. Hier gilt es, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken.

6.3 Krankenhausversorgung nachhaltig entwickeln

Die regionale Verteilung und Ausrichtung der einzelnen Krankenhäuser nach Versorgungsstufen sichern eine qualitativ gute stationäre Versorgung. Die laufende Veränderung der Rahmenbedingungen wie z. B. der medizinisch-technische Fortschritt, Änderungen im Fachrichtungsspektrum, neue ambulant durchführbare Behandlungsmöglichkeiten sowie demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Krankenhauslandschaft in der Oberpfalz. Dies gilt auch für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, deren Bedarf in jedem Fall steigen wird.

Aufgrund der demografischen Entwicklung – gerade auch in einigen Regionen des Regierungsbezirks – ist in den nächsten Jahren mit einer Zunahme stationärer Behandlungsfälle zu rechnen. Dies erfordert die Weiterentwicklung der Krankenhausinfrastruktur, z. B. durch Anpassung von Bettenkapazitäten, Versorgungsstufen und ggf. der Zahl der Einrichtungen.

Die Etablierung der klinischen Ausbildung von Ärzten am Klinikum Bayreuth ist Bestandteil einer nachhaltigen Patientenversorgung und stärkt den Universitäts- und Gesundheitsstandort Bayreuth. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Ärzten für die Arbeit in der Oberpfalz leisten und muss Schritt für Schritt weiterentwickelt werden.

6.4 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik. Der Altenquotient in der Oberpfalz steigt bis 2043 um 30,1 Prozent und somit deutlich an (Kapitel 1.2). Damit wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich zunehmen. Um Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen zu entlasten, müssen die Angebote zu Betreuung und Pflege ausgebaut werden. Mit der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sind folgende Maßnahmen verknüpft:

- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahmen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen
- Vorhaltung von Angeboten für flächendeckende Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen
- Erleichterung für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege

7 Innovationsinfrastruktur

Wissen schaffen, Technologietransfer intensivieren

Die Wirtschaft in der Oberpfalz benötigt qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Forschungsergebnissen.

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Oberpfalz
Zufriedenheit Bereitstellung von Förderangeboten für Unternehmen	34,7 Prozent	39,3 Prozent
Zufriedenheit Proaktive staatliche Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen	31,6 Prozent	36,7 Prozent
Zufriedenheit Existenz F+E- / Innovationsnetzwerke	38,2 Prozent	42,1 Prozent
Zufriedenheit Zugang zu Technologien	52,8 Prozent	54,1 Prozent
Zufriedenheit Technikfreundlichkeit / Positives Innovationsklima	49,3 Prozent	50,6 Prozent
Beratungsangebot für zielgerichtete Innovationsförderung verbessern	70,8 Prozent	76,3 Prozent
Antragsverfahren erleichtern	92,2 Prozent	93,5 Prozent
Förderangebot für Unternehmen ausbauen	76,6 Prozent	76,3 Prozent
Gesellschaftlich besonders relevante Innovationsfelder verstärkt öffentlich fördern	67,2 Prozent	64,9 Prozent
Zugang zu innovationsförderlicher Finanzierung erleichtern	77,5 Prozent	76,9 Prozent

Innovationsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen
2. Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern

7.1 Hochschulen und Universitäten bedarfsgerecht ausbauen

Hochschulen bilden die akademischen Nachwuchskräfte für die Unternehmen aus. Sie leisten damit einen elementaren Beitrag, die globale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft zu stärken. Gerade die Unternehmen in der Oberpfalz befinden sich mit ihrer geografischen Randlage bei der Suche nach Spitzenträgern im Nachteil. Für ihre technologische Entwicklung sind sie wie alle Unternehmen auf hervorragend ausgebildete Hochschulabsolventen angewiesen. Die 1993 geschaffenen OTH in Regensburg und Amberg-Weiden haben der Oberpfalz einen starken Impuls gegeben und spielen bei der regionalen akademischen Bildung eine entscheidende Rolle.

Damit Wirtschaft und Wissenschaft innovationsfähig bleiben, ist es notwendig, dass Unternehmen und Hochschulen ihr Wissen und ihre Bedarfe eng vernetzen. Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- weiterer Ausbau der OTH Regensburg und Amberg-Weiden
- Ausbau des Angebots an dualen und berufsbegleitenden Studiengängen, vor allem im MINT-Bereich
- Vorbereitung aller Studierender auf den Arbeitsmarkt durch Praxisphasen in den Studiengängen
- Aus- und Weiterbildung der Lehrenden im Hinblick auf die digitale Transformation weiterentwickeln, Vernetzung mit der Wirtschaft fördern
- Implementierung verpflichtender Praxissemester möglichst bei allen Studiengängen, beginnend mit dem Bachelor-Studium

7.2 Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern

In den letzten Jahren sind in der Oberpfalz eine Reihe von Forschungseinrichtungen und Technologietransferzentren angesiedelt oder erweitert worden. Mit vielen der hier umgesetzten Projekten werden konkrete Forderungen der vbw erfüllt. Dies hat den Forschungs- und Innovationsstandort Oberpfalz deutlich vorangebracht.

Die digitalen Gründerzentren in Regensburg, Schwandorf und Weiden müssen plangemäß auf- und ausgebaut werden.

Es ist erforderlich, dass der Transfer von Forschungswissen und Know-how aus den Universitäten, Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen in die Unternehmen vor Ort intensiviert wird. Zu den wesentlichen Forderungen gehören weiterhin:

- Verstärkte Kooperation und Vernetzung aller Forschungseinrichtungen
- Bessere Kooperation und Verschmelzung zwischen Bildung (insbesondere Hochschulen), Weiterbildung, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Wirtschaftsförderern
- Gemeinsamer Internetauftritt der regionalen Hochschulen und eine gemeinsame Anlaufstelle für Unternehmen
- Unterstützung bei der Entwicklung einer Forschungslandkarte für Bayern
- Forcierung des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft
- Vermehrte technologieorientierte Unternehmensausgründungen aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen

8 Bildung

Bildungsinfrastruktur stärken, Betreuungsangebote verbessern

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Oberpfalz
Qualität der Bildungsinfrastruktur	50,3 Prozent	45,8 Prozent
Sicherung wohnortnaher Kitas	88,6 Prozent	83,5 Prozent
Sicherung wohnortnaher Schulen	87,5 Prozent	81,4 Prozent

Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten bedarfsgerecht entwickeln
2. Digitalisierung an Schulen weiter vorantreiben

8.1 Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist zur Erhaltung und Steigerung einer möglichst vollzeitnahen Erwerbstätigkeit der Erziehungsberechtigten zu sichern. Es bedarf hier eigener Angebote von Freistaat und Kommunen ebenso wie einer angemessenen Unterstützung privater Initiativen und flexibler Kooperationen zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen
- Beseitigung von Betreuungsgläßen orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern, z. B. zu Tagesrandzeiten und Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege, Gastronomie), in den Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten) und an Schließtagen in Kinderkrippen und Kindertagesstätten

8.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten

Wichtig ist der Erhalt wohnortnaher Schulangebote in der Fläche durch Schaffung zukunftsicherer und nachhaltiger Strukturen sowie Nutzung unterschiedlicher Kooperationsformen. Gerade im ländlichen Raum der Oberpfalz geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten bzw. ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulkooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, begegnet werden kann.

Schulen müssen bedarfsgerecht an ÖPNV und Schulbusverkehr angebunden werden.

8.3 Berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in der Oberpfalz müssen die Berufsschulstandorte und ihre Angebote weiterentwickelt bzw. angepasst werden. Ziel muss es sein, die hohe Qualität an Berufsschulen sicherzustellen bzw. weiter zu verbessern. Wichtig ist, dass gemeinsam vor Ort bei aufkommenden Herausforderungen immer gemeinsam von Berufsschulen und Betrieben nach Lösungen gesucht wird.

Angestrebgt werden sollte auch eine Stärkung der Kooperation der Lernorte Berufsschule und Betrieb, um die berufliche Ausbildung zu optimieren (z. B. durch die Einrichtung Runder Tische, die Stärkung der Rolle der Berufsschulbeiräte oder die Schaffung eines integrierten Berufsschulplans).

8.4 Digitalisierung in allen Schulformen vorantreiben

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels ist die technologieoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt und Konzepte für einen erfolgreichen digitalen Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich altersgerechte digitale Souveränität entwickeln, die es ihnen ermöglicht, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

8.5 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen

Aus Sicht der Wirtschaft der Oberpfalz ist es unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie Meister oder Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung, ist deutlich auszubauen. Vermehrte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind hierbei anzustreben. Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und neue Aufgaben anzugehen:

- Ausbau der Weiterbildungsangebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich an den Universitäten und Hochschulen
- Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene umsetzen
- Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen ausbauen
- Duale Masterstudiengänge ausbauen

9 Moderne Verwaltung

E-Government-Leistungen ausbauen und in die Fläche tragen

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Oberpfalz
Zufriedenheit Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung	8,8 Prozent	40,0 Prozent
Zufriedenheit Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	15,2 Prozent	53,6 Prozent
E-Government / E-Administration stärker ausbauen	75,3 Prozent	92,6 Prozent
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	85,3 Prozent	77,3 Prozent

Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verfügbare E-Government-Lösungen umgehend einsetzen und für Unternehmen wichtige Lösungen priorisieren
2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen
3. Register für automatisierten Zugang öffnen

9.1 Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden und die Serviceorientierung der Verwaltung ist auszubauen. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten.

Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

Grundlegendes

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen
- Digitaler Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung

Komplexe Services: Prioritäten

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechtemanagement mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung des Postfachs mit den internen IT-Systemen
- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden

Digital-Check für neues und aktuelles Recht

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder von unlogischen Anforderungen

Lösungen für Unternehmen priorisieren

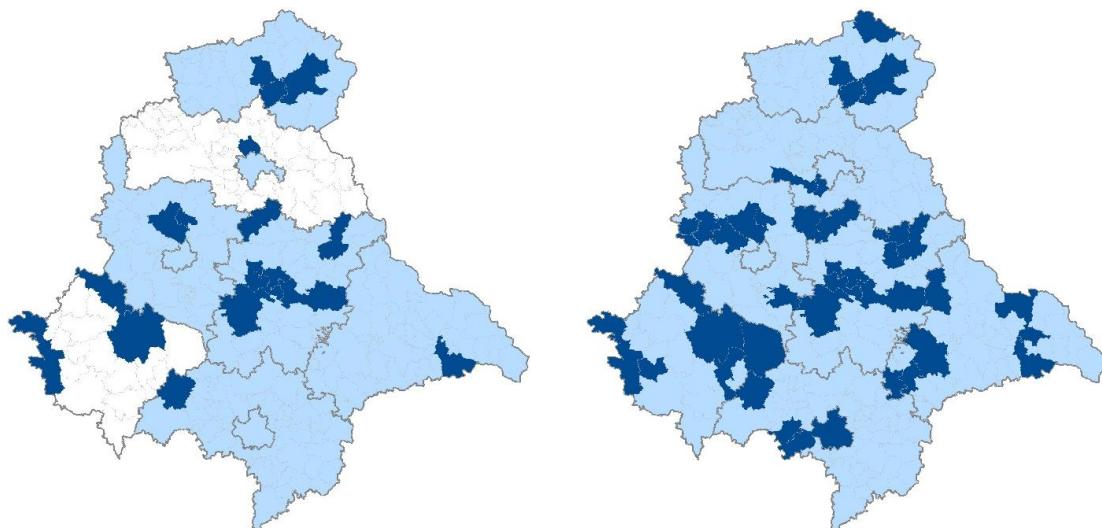
9.2 Regionale und kommunale Diskrepanzen bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen abbauen

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Government-Angebote verantworten Bund und Länder. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Bürger- bzw. Unternehmens-Postfach, und um digitale Authentifizierungstools.

Die Verwaltungen auf kommunaler Ebene sind vor allem als Anwender und Anbieter digitaler Verwaltungsdienstleistungen gefragt. Abbildung 5 zeigt, welche Kommunen im Jahr 2023 (linke Seite) respektive 2025 (rechte Seite) mit dem Prädikat „Digitales Amt“ ausgezeichnet wurden.

Abbildung 5

Digitale Ämter – Kommunen, Stadt- und Landkreise in der Oberpfalz 2023 / 2025



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben des Staatsministeriums für Digitales;
Digitale Ämter: hellblau = Stadt- und Landkreise, dunkelblau = Gemeinden.

Die Auszeichnung setzt voraus, dass die betreffende Verwaltung mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt hat. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigen sich auch große Unterschiede, die deutlich machen: Es ginge schon mehr, man muss es nur umsetzen. In der Oberpfalz besteht noch in vielen Kommunen Nachholbedarf. Erst knapp 17 Prozent haben das Siegel, während bereits alle Landkreise als Digitales Amt eingestuft sind. Dieser Weg muss weiter gegangen werden, damit bis Ende 2027 jede Leistung überall auch digital angeboten wird.

Einen tieferen Einblick bietet das OZG-Dashboard, das für jede Gebietskörperschaft (Land, Regierungsbezirk, Landkreis, Kommune bzw. Verwaltungsgemeinschaft) anzeigt, für wie viele Verwaltungsleistungen flächendeckend Onlinedienste verfügbar sind. Dabei werden nur Verwaltungsleistungen gezählt, die teilweise oder vollständig digital verfügbar sind. So sind Stand 01. September 2025 bei der Regierung der Oberpfalz 165 Verwaltungsleistungen zumindest teilweise digital verfügbar, bei den Landkreisen sind es 674, bei den kreisfreien Städten 670 und bei den Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften 129. Auch hier bestätigt sich der erhebliche Nachholbedarf bei den Kommunen.

9.3 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

[Moderne Verwaltung](#)

1. Vorhandene Lösungen für E-Government müssen flächendeckend eingesetzt werden. Neue Lösungen sind nach Verfügbarkeit umgehend einzuführen. Beispiele sind
 - als verfügbare Lösungen: die Bauplanung und -genehmigung, das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid,
 - als hoffentlich bald verfügbare Lösungen: ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschungen im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtungen im öffentlichen Raum.
2. In allen kommunalen Gebietskörperschaften muss auch das eigene Ortsrecht (z. B. kommunale Satzungen) auf Digitalisierbarkeit überprüft, ggf. daraufhin angepasst und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umgesetzt werden.
3. Kommunale Register müssen für den automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate und Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.
4. Auch auf kommunaler Ebene sind vorrangig Verfahren anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumt.

Anhang

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Infrastrukturfeldern

Energie

- Studie *Internationaler Energiepreisvergleich für die Industrie*, November 2025
- Studie *Entwicklung der Netzentgelte in Bayern*, November 2025
- Studie *CO₂-Verminderungskosten für die bayerische Industrie im Trendszenario*, Oktober 2025
- Studie *Wasserstoffkosten für die Industrie*, September 2025
- vbw Position *Wasserkraft in und für Bayern*, Juni 2025
- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, März 2025
- vbw Position *Energiepolitik*, Februar 2025
- Studie *13. Monitoring der Energiewende*, Februar 2025
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Januar 2025
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, Januar 2025

Klima

- vbw Position *Klimapolitik*, Januar 2025
- Studie *Klimapolitik nach Baku*, Dezember 2024
- Studie Analyse *CO₂-Infrastrukturbedarf Bayern*, November 2024
- Studie *Bayernplan Energie 2040 – vier Szenarien zur Klimaneutralität 2040*, April 2023 (Kooperation mit VBEW)

Mobilität

- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Oktober 2025
- vbw Position *Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen*, Januar 2025
- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen*, November 2024
- Gemeinsame Erklärung vbw, Industriellenvereinigung Tirol, Unternehmerverband Südtirol, *Freien klimagerechten Warenverkehr über den Brenner gewährleisten*, Juli 2024

Bildung und Innovation

- vbw Position Lehren aus der PISA-Misere, März 2025
- vbw Position Das bayerische Hochschulsystem – Fit für die Zukunft, März 2025
- vbw Position Berufliche Bildung stärken, Januar 2025
- vbw Position Betriebliche Weiterbildung, Januar 2025
- vbw Studie *Technologieprofile Bayern: die Position des Freistaats und seiner Regierungsbezirke in Zukunftstechnologien*, Januar 2024
- vbw Studie Digitale Wettbewerbsfähigkeit aus globaler Sicht, April 2024
- vbw Studie Kompetenzen in den wichtigsten Prozesstechnologien, Mai 2025
- Position Technologische Innovationen fördern, Juli 2025
- vbw Studie Wirtschaft 4.0-Index Bayern, März 2024 *Fortschritt der digitalen Transformation in Bayern*

Anhang**Digitale Netze und E-Government**

- vbw Studie *Die digitale Infrastruktur in Bayerns Regionen*, Oktober 2025
- vbw Position *Digitale Netze*, März 2025
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, März 2025
- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, März 2025
- vbw Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

Gesundheit und Pflege

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- vbw Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018

Ansprechpartner/Impressum

Monika Stiglmeier

Geschäftsführerin
Bezirksgruppe Oberpfalz
vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 0941-595 7315
monika.stiglmeier@vbw-bayern.de

Volker M. Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-268
volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Dezember 2025